



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Reichsdeutschen und die Deutsch-Österreicher

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Reichsdeutschen und die Deutsch-Österreicher

Nunre Volksgenossen in Österreich, vor allem in den deutsch-slawischen Ländern, sind jetzt in einer beklagenswerten Lage. Der alte Nationalitätenstreit ist seit den unseligen Sprachverordnungen des Grafen Badeni zu hellen Flammen aufgelodert, und hie und da ist es zu Austritten gekommen, die vom Bürgerkriege nicht mehr weit entfernt sind. Die Regierung weiß sich nicht anders zu helfen als mit Gendarmerie und Militär und mit dem Verbot jeder politischen Versammlung, sie mag von Deutschen oder von Tschechen berufen werden. Die Deutschen fühlen sich von einer rohen Mehrheit bedroht und verzwältigt, sie sind aufs äußerste darüber erbittert, daß eine „polnische Regierung“ die alte Vorherrschaft ihrer Sprache und Kultur der nimmerfattten slawischen Begehrlichkeit opfert, und sie empfinden das zugleich als einen schweren Undank, da sie — und nur sie — Österreich gegründet und erhalten haben, während alle andern Stämme immer nur an ihre Sonderinteressen gedacht haben und denken; ja sie beginnen an der Zukunft ihres Staates zu verzweifeln, und ihre österreichische Staatsgesinnung, selbst ihre Anhänglichkeit an die Dynastie gerät ins Wanken. Und zwar geschieht das keineswegs nur in Böhmen und Mähren, auch die Deutschen der Donau- und Alpenlande nehmen leidenschaftlich Partei für ihre Stammesgenossen, und sogar in dem allezeit kaisertreuen Tirol kann man die Ansicht aussprechen hören, die so hoch gepriesene Erhebung von 1809 sei eine klerikale Machenschaft gewesen, und es sei tief zu beklagen, daß Tirol 1814 nicht bei Baiern geblieben sei.

Nun wird wohl behauptet, daran sei die Trennung Österreichs von Deutschland im Jahre 1866 schuld. Aber dagegen muß man doch fragen: Hat jemals nach Joseph II. eine österreichische Regierung den Versuch gemacht, die Deutschen als den herrschenden Stamm zu behandeln, ihnen die

Stellung einzuräumen, die sich die Magyaren in einer sehr ähnlichen Lage in Ungarn gesichert haben? Deutsche oder deutschsprechende Beamte haben allerdings unter Metternich und dann wieder in den Jahren der verschrienen Reaktion nicht nur Österreich, sondern auch Ungarn regiert, aber wahrlich nicht um des Deutschtums willen, und sie haben dies dadurch verhaßt gemacht als ein Werkzeug zur Knechtung. Denn längst vor 1848 waren die Tschechen und Magyaren zum Bewußtsein ihres Volkstums erwacht, für sie war die Erhebung von 1848/49 vor allem ein Kampf gegen das Deutschtum. Und als sie mit Waffengewalt niedergeworfen waren, und der alte Absolutismus wieder regierte, da hat es doch ein so gut österreichischer und ideal gerichteter Staatsmann wie Graf Leo Thun, der große Reformator des österreichischen Unterrichtswesens, ausdrücklich als seine Aufgabe bezeichnet, die Eigentümlichkeit jeder Nationalität zu pflegen; von einer Germanisirung wollte er nichts wissen. Als dann nach 1859 der Absolutismus abermals zusammenbrach, verfolgte der liberale Zentralist Schmerling allerdings ein Ziel wie etwa Joseph II., wenn auch mit modernen Mitteln, aber niemals haben sich ihm die Tschechen, Polen, Magyaren und Italiener gebeugt, und sein österreichischer Gesamtreichstag blieb ein Traum. Dann versuchte es Belcredi seit 1865 mit dem Föderalismus, den er nur durch die Klerikalen und die nichtdeutschen Nationalitäten hätte durchsetzen können, der also diesen zu größerer Selbstständigkeit verhelfen mußte. Mit solchen Bundesgenossen begann man 1866 den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, nicht viel anders als einst Ferdinand II.! Und gesetzt auch den Fall, er wäre für Österreich siegreich verlaufen, so hätte Österreich doch niemals daran gedacht, das übrige Deutschland in eine engere bundesstaatliche Verbindung mit sich zu bringen, also sein Deutschtum so zu stärken, daß es die Herrschaft hätte behaupten können, denn die mit ihm verbündeten Mittelstaaten schlugen sich um ihrer ungeschmälernten Souveränität willen, und außerdem hatte sich Österreich in einem geheimen Vertrage mit Frankreich ausdrücklich verpflichtet, keine engere Verbindung als bisher mit den deutschen Staaten einzugehen.

Nach der Katastrophe von 1866 trat wieder ein jäher Systemwechsel ein. Mit dem Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn kamen in Österreich nicht etwa die Slawen, sondern die Schöpfer der Verfassung, die Deutsch-Liberalen, ans Ruder und behaupteten diese Herrschaft zwölf volle Jahre lang, bis 1879, trotz der Opposition der Tschechen. Gerade in diese Jahre fällt eine Reihe verhängnisvoller Fehler. Statt die ehemaligen deutschen Bundesländer in ein abgeschlossenes Ganze zu verwandeln, wo den Deutschen die parlamentarische Mehrheit sicher gewesen wäre, und statt Galizien und Dalmatien eine Sonderstellung zu gewähren, ähnlich wie sie die klügern Magyaren den Kroaten einräumten, statt also diesen Ländern nur in gewissen allgemeinen Reichsangelegenheiten das Stimmrecht im Reichsrate zu geben, im übrigen sie sich selbst zu überlassen,

gewährten ihnen die deutschen Liberalen nicht nur die volle innere Selbständigkeit, sodaß das halbruthenische Galizien der rohen Herrschaft des polnischen Adels, Dalmatien den Kroaten ausgeliefert wurde, sondern auch vollen Anteil am Reichsrate, schufen also in diesem selbst die Möglichkeit einer slawischen Mehrheit und für die stets geschlossene polnische Partei die Gelegenheit, die ausschlaggebende Stellung zu gewinnen, die sie heute einnimmt. Dann versäumten sie es, das Deutsche ausdrücklich als Staatssprache festzusetzen, was sie mit viel besserem Rechte als die Magyaren für ihre Sprache in Ungarn hätten thun können, einerseits, weil ein solches Gesetz in Galizien und Dalmatien undurchführbar gewesen wäre, andererseits, weil sie trotz aller geschichtlichen Erfahrungen eine Gefährdung dieser Stellung des Deutschen für ganz unmöglich hielten. Sodann gaben sie ruhig die weitere Ausbreitung eines slawischen Schulwesens zu, und endlich untergruben sie die Stellung ihres eignen Ministeriums, indem sie sich 1878 kurzfristig der unvermeidlichen Besetzung Bosniens widersetzen und damit das Kaiserhaus wie das Heer schwer beleidigten, die beide darin eine Entschädigung für die Gebietsverluste und Niederlagen seit 1859 sahen. Darüber brach 1879 ihre Herrschaft zusammen, und die „Versöhnungspolitik“ des Grafen Taaffe suchte die slawischen Stämme durch immer neue Zugeständnisse, namentlich auf dem Gebiete der Amtssprache und des Unterrichtswesens, zu gewinnen. Das gelang natürlich nicht, weil die Slawen in Böhmen, Mähren und Krain im Grunde nicht die Gleichberechtigung, sondern die Alleinherrschaft wollen, und das Höchste, was Taaffe erreichte, war, wie ein Österreicher einmal schlagend, übrigens nicht im ironischen Sinne, sondern im vollen Ernste anerkennend bemerkte, „die moderirte Unzufriedenheit aller Nationalitäten,“ immerhin kein ganz übles Ergebnis für Oesterreich, da es die nationalen Neigungen keines seiner Stämme völlig befriedigen kann. Aber praktisch bedeutete es allerdings das allmähliche Zurückdrängen des Deutschen in der Verwaltung und in der Schule, sogar im Heere, derart, daß die Zahl der deutschsprechenden Unteroffiziere längst nicht mehr genügt, und die volle Kenntnis der deutschen „Armeesprache“ selbst bei den Offizieren wesentlich zurückgegangen ist, sodaß unter Umständen Patrouillen verschiedener Regimenter sich gar nicht mehr miteinander verständigen können, eine erbauliche Aussicht für den Kriegsfall!

Was also jetzt geschieht, das ist die Folge der unglücklichen Verteilung der Nationalitäten im Kaiserstaate und alter, schwerer Fehler der Deutschen selbst, und was die „polnische Regierung“ jetzt thut, das ist die Fortsetzung der „Versöhnungspolitik“ des Grafen Taaffe.

Ein Ausweg aus diesem Wirrsal ist weit und breit nicht zu entdecken. Die Deutschen haben vorläufig das Parlament gelähmt und also die ganze Regierungsmaschine zum Stillstand gebracht, in dem entscheidenden Augenblick, wo der Ausgleich mit Ungarn zu stande kommen muß, wenn der Dualismus nicht aus den Fugen gehen soll. Aber sie sind jetzt so wenig einig wie früher.

Der größte Teil des deutschbürtigen Adels und der Geistlichkeit steht gegen die eignen Landsleute, weil beide den Liberalismus mehr hassen als die Slawen; die Massen der deutschen Bauern sind klerikal, das deutsch-österreichische Bürgertum, auf das fast die ganze Last des Kampfes fällt, ist noch immer schwach und stark verjudet. Andererseits werden die Parteien der Mehrheit durch nichts zusammengehalten als durch den gemeinsamen Haß gegen die Deutschen und durch das klerikal-feudale Interesse. Dazu die wachsende Erbitterung hüben und drüben. Auch wenn, was augenblicklich höchst unwahrscheinlich ist, selbst in diesem Lande der Unwahrscheinlichkeiten, Graf Badeni zurücktreten müßte und die Sprachverordnungen aufgehoben würden, so würde das die Deutschen nicht befriedigen und mindestens die Tschechen tödlich verletzen. Führt aber die Regierung in Böhmen und Mähren die sogenannte „nationale Gleichberechtigung,“ d. h. die Gleichberechtigung zweier Sprachen, von denen die eine von sechs, die andre von sechzig Millionen Menschen in Europa gesprochen wird, völlig durch, wie sie es als ihre Absicht verkündigt, so stärkt sie den Größenwahn der Tschechen, zerstört in einem großen Teile der Deutschen den letzten Rest von österreichischer Staatsgesinnung und gefährdet den Bestand der Monarchie, denn die Bedingung für das Verhältnis zu Ungarn ist die staatliche Einheit Cisleithaniens. Einem föderativen Österreich würde Ungarn ganz sicher den Ausgleich kündigen, es würde sich auf die Personalunion beschränken, und mit der Großmachstellung Österreichs wäre es zu Ende. Aus demselben Grunde ist auch die Rückkehr zum Absolutismus ausgeschlossen, denn auch mit einem absolut regierten Österreich würde Ungarn die bisherige Gemeinschaft nicht fortsetzen.

Wären beide Teile noch fähig, klar zu denken, so müßten sie begreifen, daß sie sich beide den geographischen und geschichtlichen Bedingungen ihrer Lage zu unterwerfen haben. Die Tschechen müßten den natürlichen Vorrang einer Kultursprache wie der deutschen ehrlich anerkennen, ebenso gut, wie man im diplomatischen Verkehr einen gewissen Vorrang des Französischen, im Welthandel des Englischen anerkennt, und die Deutschen, die in Böhmen oder Mähren eine amtliche Stellung einnehmen wollen, die müßten — es mag offen gesagt sein — sich die zweite Landessprache aneignen. Daß die Tschechen deshalb germanisiert, die Deutschen tschechisiert würden, ist doch nicht ernsthaft zu befürchten. Alle gebildeten Tschechen sind längst des Deutschen mächtig, und solche Schwachköpfe werden doch die Deutschen, die das Tschechische lernen, nicht sein, daß sie deshalb ihre Nationalität aufgeben! Wären sie, dann wäre ihnen auch nicht zu helfen. Statt dessen geberden sich die Tschechen als die alleinigen Herren des Landes, behandeln ihre deutschen Mitbürger wie einst die Hussiten und schicken kindisch-taktlose Telegramme nach Paris, um die französisch-russische Verbindung in der Hoffnung auf den Vernichtungskampf gegen die verhassten Deutschen zu feiern. Die Deutschen aber ziehen über die Grenze nach Sachsen und Baiern, einer ihrer Redner behandelt in Leipzig den König von

Böhmen als einen Lehnsmanu des deutschen Volkes (was er beiläufig niemals gewesen ist, er war der Vasall des deutschen Königs), dem sein Lehen auch entzogen werden könne, und will lieber Hochverräter als Volksverräter heißen. Ist das Benehmen der Tschechen unvernünftig, so sind solche Worte im Munde deutscher Österreicher unverzeihlich unklug, denn sie schärfen den Gegnern, die doch jetzt in der Mehrheit sind, nur die Waffe, beleidigen die Dynastie aufs schwerste und machen es für die Deutschen im Reiche sehr schwierig, für die bedrängten Volksgenossen jenseits des Erzgebirges und des Böhmerwaldes einzutreten.

Gewiß, unsre wärmsten Sympathien gehören ihnen; wenn sie zu uns kommen, um einmal ihr Herz auszuschütten, so sind sie willkommen, und wenn auch reichsdeutsche Arbeitgeber damit beginnen, ihre tschechischen Arbeiter zu entlassen, so ist das nur die gerechte Vergeltung für viel ärgere Dinge in Böhmen. Aber sobald die Deutsch-Österreicher mit dem Zerfall ihres Staates zu rechnen beginnen, müssen wir ihnen rundweg sagen: das würde euch nichts helfen und uns unermesslich schaden. Ein Zerfall Österreichs wäre eine ungeheure Revolution, bedeutete eine völlige Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse, und ein Anschluß der Westhälfte an das deutsche Reich wäre nur in der Form eines lockern Staatenbundes möglich, in der Form unsers Bundesstaats unmöglich. Wer das bestreitet, wer Deutsch-Österreich kurzweg in unser Reich aufnehmen will, mit dem ist nicht zu reden, der versteht nicht einmal das A b c der deutschen Politik und beweist nur, daß er aus der Geschichte nichts gelernt hat. Man stelle sich den deutschen Reichstag vor, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts durch österreichische Abgeordnete verstärkt! Die Tschechen und Slowenen würden sich, wenn sie überhaupt kämen, den Polen anschließen, auch die Deutschen würden ganz überwiegend klerikale Vertreter schicken, also das ohnehin schon übermächtige Zentrum verstärken. Mit einem solchen Reichstage ließe sich überhaupt nicht regieren, keinesfalls in nationaldeutschem Sinne. Dabeim aber in Böhmen und Mähren würde der Nationalitätenhader fort dauern, und wir könnten doch die Tschechen weder germanisieren noch austreiben, namentlich nicht mit einem solchen Reichstage. Auch wenn Deutsch-Österreich nur in losere staatenbündische Verbindung mit uns träte, würde sich das Verhältnis der Nationalitäten dort nicht ändern. Kurz, wir würden die Einheit unsers Reiches lockern, im Süden einen ganz unsichern, durch innern Hader beständig zerrissenen schwachen Bundesgenossen erwerben, Ungarn einem ungewissen Schicksale überlassen und Galizien den Russen in die Hände liefern. Kann das das Ziel einer vernünftigen deutschen Politik sein?

Allerdings, eins wird man in Wien und Prag recht ernsthaft erwägen müssen, ehe man in dieser Art von Gleichberechtigungspolitik weitergeht. Ein Österreich, das von derartigem grimmigen Nationalitätenhader zerrissen wird, und wo die Todfeinde des Deutschtums, die Tschechen mit den Klerikalen und Feudalen, den Ton angeben, könnte für uns aufhören ein sicherer und wert-

voller Bundesgenosse zu sein. Sa es giebt eine Bedingung, unter der wir in unserm eignen Interesse gezwungen sein würden, einzuschreiten, selbst mit Waffengewalt; das wäre die Bildung eines tschechischen Königreichs Böhmen, das die Deutschen in eine untergeordnete Stellung herabdrückte. Ein solches könnten wir niemals dulden, wir müßten eingreifen, um unser Fleisch und Blut vor roher Vergewaltigung zu retten, und um eine feindliche Staatenbildung zu zerstören, die, mitten hineingeschoben zwischen Schlesien, Sachsen und Baiern, uns im Falle eines europäischen Krieges aufs gefährlichste bedrohen könnte. Eine neue deutsche Eroberung Böhmens aber würde das Ende nicht nur aller Träume von der selbständigen Wenzelkrone, sondern auch aller „Gleichberechtigung“ des tschechischen Volkstums sein. Aber Gott verhüte, daß jemals diese bittere Notwendigkeit an uns herantrete!



Rente und Rohertrag



Im folgenden sollen einige längst bewiesene Sätze aus Ricardos und Thünens Grundrententheorie wiederholt und auf die Gegenwart angewandt werden.

Erstens: Mit den Marktpreisen des Getreides steigt und fällt die Grundrente.

Die Bewohner eines Landes verlangen je nach ihrer Anzahl eine bestimmte Menge Getreide im weitesten Sinne des Wortes zu ihrem Lebensunterhalt. Das ist die Nachfrage. Um sie zu befriedigen, wird Ackerland in entsprechendem Umfang unter den Pflug genommen und mit einem bestimmten Aufwand von Arbeit bestellt. Wie die Erfahrung lehrt, wird nicht alles Land, Stück für Stück, bebaut, sondern es bleibt immer welches liegen, das zu unfruchtbar ist, zu viel Arbeit verlangt, um einen bestimmten Ertrag zu liefern. Dies Land kann übergangen werden, weil in nicht zu weiter Entfernung besserer, weniger anspruchsvoller Boden zu haben ist.

Der Marktpreis ist für gleich gutes Getreide immer gleich, mag es mit viel oder mit wenig Arbeit hergestellt sein. Er kann aber nicht andauernd niedriger sein, als was es kostet, die Ware auf dem schlechtesten Boden herzustellen und von dem fernsten Acker herzuschaffen, der zur Befriedigung der Nachfrage noch bebaut werden muß. Sonst würde man dieses verlustreiche Unternehmen aufgeben; die Nachfrage würde nicht befriedigt werden, und der Preis würde steigen. Er kann aber auch nicht andauernd höher sein, als was die